



Presseinformation

Nr. 422 / 2013

Kiel, Freitag, 20. September 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Finanzen / Vorstandsvergütung

Dr. Heiner Garg: FDP-Fraktion beantragt Aktuelle Stunde zum Verhalten der Landesregierung im Bundesrat

Zum heutigen Abstimmungsverhalten Schleswig-Holsteins im Bundesrat zum „Gesetz zur Verbesserung der Kontrolle der Vorstandsvergütung“ erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg:**

„Was wir bereits am Mittwoch befürchtet haben, ist jetzt eingetreten: Mit ihrem heutigen Votum im Bundesrat gegen ein Gesetz zur Begrenzung von Managergehältern setzt sich die Landesregierung über einen einstimmigen Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hinweg. Hiermit ignoriert die Regierung Albig nicht nur die Stimmen ihrer eigenen Koalitionsvertreter, sondern sämtlicher schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten.“

Der im Antrag der FDP-Fraktion ausgedrückte Wille des Landtags entspricht inhaltlich exakt dem vorgelegten – und von der Regierung Albig jetzt faktisch abgelehnten – Gesetzestext. Das Votum aller (!) Volksvertreter war also nicht anders zu deuten, als dem Gesetz zuzustimmen. Die Fragen drängen sich auf: Wie viele Landtagsabgeordnete müssen einer Beschlussempfehlung zustimmen, damit sich die Landesregierung hieran auch im Bundesrat gebunden fühlt? Wer definiert die Interessen des Landes – der Landtag oder der Ministerpräsident?

Die FDP-Fraktion hat zu diesem Thema deshalb für das kommende Plenum eine Aktuelle Stunde beantragt. Der Ministerpräsident höchstselbst muss den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern erklären, warum er das vom Volk gewählte oberste Organ der politischen Willensbildung ignoriert.“